© Neue Luzerner Zeitung; 21.07.2011

SMD schweizer mediendatenbank

Neue Luzerner Zeitung Aufschlag

War die Polizeifusion ein Fehler?

Luzern

Interview Benno Mattli

Polizisten, die mit Steinen beworfen werden, eine Polizeifusion, die Probleme schafft, und der Strassenstrich, der die Anwohner nervt: Dazu nimmt die Luzerner Stadträtin Ursula Stämmer Stellung – exklusiv in unserem Interview.

Interview Benno Mattli

benno.mattli@luzernerzeitung.ch

Ursula Stämmer, in der Nacht auf Sonntag sind auf der Allmend Polizisten mit Steinen beworfen worden (Ausgaben von Montag bis gestern). Die Polizei nahm die Steinewerfer nicht fest – aus Angst vor einer Eskalation und wegen zu wenig Personal, wie Polizeikommandant Beat Hensler sagt. Hätte die Polizei da nicht härter durchgreifen müssen?

Ursula Stämmer*: Natürlich wäre es gut, wenn man schneller und klarer Grenzen setzen könnte. In dieser Situation aber hat die Polizei richtig reagiert: Sie hat eine Eskalation verhindert und die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.

Die Polizei hat also nicht vor den Chaoten kapituliert?

Stämmer: Nein. Das Vorgehen der Polizei war absolut richtig. Aber ich kann verstehen, dass ein Teil der Bevölkerung dieses Vorgehen nicht nachvollziehen kann und sagt: «Gohts no?» Die Aufgabe ist für die Polizei sehr anspruchsvoll, und es ist relativ einfach, sie von aussen zu kritisieren.

Nun ist der Vorfall vom Sonntag ja kein Einzelfall: Die Gewalt gegen Polizisten nimmt immer mehr zu (Ausgabe von gestern). Polizeikommandant Beat Hensler will deshalb die Justiz in die Pflicht nehmen: Er fordert sie auf, solche Fälle konsequenter zu verfolgen und auch mal den oberen Strafrahmen auszuschöpfen. Urteilen unsere Richter also zu lasch?

Stämmer: Das würde ich so nicht zu 100 Prozent unterschreiben. Denn man muss sich ja immer auch die Frage stellen, welche Strafe am meisten nützt. Eine andere Forderung von Beat Hensler hingegen unterstütze ich voll und ganz: dass die Justiz näher hinschaut ...

... indem sie zum Beispiel Richter auf Patrouille mit der Polizei schickt?

Stämmer: Genau. Ich bin erstaunt, dass dies nicht schon längst passiert ist.

Eine andere Frage im Zusammenhang mit der Party auf der Allmend: Ein User schreibt auf unserem Onlineportal www.luzernerzeitung.ch, dass Sie den Veranstaltern der Party eine mündliche Bewilligung erteilt hätten und dass der Polizeikommandant davon gewusst habe. Stimmt das?

Stämmer: Nach Reklamationen in der Nacht zuvor habe ich auf Wunsch der Polizei am

Samstagabend gemeinsam mit dem Kommandanten mit Teilnehmern der Party gesprochen und Bedingungen festgelegt. Eine formelle Bewilligung wurde aber nicht erteilt.

Laut dem User war an die mündliche Bewilligung die Auflage geknüpft, dass die Musik bis 22 Uhr toleriert werde, dass ab 22 Uhr die Lautstärke massiv reduziert werden müsse und dass um 1 Uhr Schluss sein müsse. Stimmt auch das?

Stämmer: Ja, auch das ist richtig.

Wieso haben Sie die Party toleriert, und wieso ist die Polizei nicht vor 1 Uhr eingeschritten?

Stämmer: Bis um 22 Uhr ist es klar: Da dürfen Sie und ich im Garten eine Party feiern – nachher gilt die Nachtruhe. Für die Zeit danach, also bis 1 Uhr, haben wir klare Spielregeln aufgestellt, an die sich die Partygänger nicht gehalten haben, weshalb die Polizei eingeschritten ist.

Themawechsel: Die Polizei hat in jüngster Zeit ja auch in einem anderen Zusammenhang Schlagzeilen gemacht: wegen der Fusion von Stadt- und Kantonspolizei. War diese Fusion ein Fehler, wie es Pius Segmüller, ehemaliger Kommandant der Stadtpolizei Luzern und heutiger CVP-Nationalrat, formuliert?

Stämmer: Nein, überhaupt nicht. Die Fusion ist gelungen, sie ist geglückt. Dank der Fusion haben wir in der Stadt eine bessere polizeiliche Versorgung.

Konkret?

Stämmer: Wir haben mehr Polizeipatrouillen auf dem Gebiet der Stadt.

In Zahlen?

Stämmer: Zahlenmässig kann ich Ihnen dies nicht im Detail sagen, weil ich für die Polizei nicht mehr zuständig bin. Das müssen Sie Polizeikommandant Beat Hensler fragen. Sicher aber ist, dass die ehemaligen Stadtpolizisten durch die Fusion entlastet worden sind. Sie müssen jetzt zum Beispiel weniger Ordnungsdienst leisten; dieser verteilt sich auf mehr Köpfe.

Trotzdem haben Sie wegen der Fusion jetzt Vollzugsprobleme, wie Sie selber gegenüber unserer Zeitung eingeräumt haben. Denn zurzeit ist unklar, ob die fusionierte Luzerner Polizei beim Vollzug städtischer Reglemente – Stichwort Strassenmusik – mithelfen muss oder nicht.

Stämmer: Das ist richtig, und diese Frage lassen Kanton und Stadt auf unseren Anstoss hin jetzt von einem externen Gutachter abklären. Die Ergebnisse sollten im Herbst vorliegen. Allerdings handelt es sich dabei lediglich um zwei, drei Details, die nicht ganz klar sind ...

... und die bei der Erarbeitung der Fusion vergessen worden sind.

Stämmer: Nein, nicht vergessen! Diese Details sind erst bei der praktischen Umsetzung der Fusion zu Tage getreten. Das ist wie bei jedem anderen Projekt in dieser Grössenordnung.

Aber diese Details, wie Sie sie nennen, die haben doch massive Auswirkungen?

Stämmer: Ich gebe Ihnen Recht, dass diese Details dasjenige sind, was die Bevölkerung spürt. Es geht dabei aber um Bereiche, welche zwar mehr oder weniger stören – zum Beispiel die Strassenmusik –, aber welche die objektive Sicherheit nicht gefährden.

Die ist also gut?

Stämmer: Insgesamt ist sie gut. Die objektive Sicherheit hat sich aber verändert. Eine Zeit lang hat die häusliche Gewalt stark zugenommen, jetzt sind es Gewalt und Drohungen gegen Polizisten, und auch Probleme im Zusammenhang mit der ganzen Partyszene werden immer akuter. Darauf hat die Fusion von Stadt- und Kantonspolizei aber keinen Einfluss. Im nationalen und europäischen Vergleich ist Luzern eine verhältnismässig sichere Stadt.

Als Vorsteherin der Direktion für Umwelt, Verkehr und Sicherheit tragen Sie die politische Verantwortung für die Sicherheit in der Stadt Luzern, haben bei der Polizei aber seit dem 1. Januar 2010, seit der Fusion, keine Weisungsbefugnis mehr. Ein Paradoxon?

Stämmer: Natürlich bin ich nicht mehr über jedes Detail informiert, aber ich habe regelmässig Kontakt mit dem Chef der Sicherheitspolizei Stadt Luzern. Ich weiss also über die Brennpunkte Bescheid.

Aber direkt Einfluss nehmen auf die Polizeiarbeit können Sie nicht.

Stämmer: Direkt nicht, nein. Aber ich kann der Polizei kritische Fragen stellen und Wünsche des Stadtrats im Rahmen des Sicherheitsausschusses anbringen.

Vor der Fusion hat die Kantonsregierung damit gerechnet, durch Synergien im Personalbereich 2,5 Millionen Franken beziehungsweise 21 Stellen zu gewinnen. Ist diese Rechnung jetzt – eineinhalb Jahre nach der vollzogenen Fusion – aufgegangen?

Stämmer: Ab 2013 spart die Stadt 8 Millionen Franken pro Jahr ein, weil wir für die Polizei ja keine Ausgaben mehr tätigen müssen. Wir zahlen dem Kanton aber noch Abgeltungen für die Übergangszeit, insgesamt 18 Millionen Franken, verteilt auf die Jahre 2010 bis 2012.

Dann könnten Sie ja locker Polizeileistungen beim Kanton einkaufen.

Stämmer: Dazu möchte ich mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht äussern. Das Gutachten wird klären, welche Aufgaben die Luzerner Polizei in Zukunft übernehmen muss und welche nicht. Was ich Ihnen aber verraten kann, ist Folgendes: Vorläufig wird die Luzerner Polizei auch die momentan umstrittenen Aufgaben – wie zum Beispiel den Vollzug im Bereich Strassenmusik oder Taxiwesen – übernehmen. Eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kanton habe ich vor wenigen Tagen unterzeichnet.

Dass Luzern bis in 20 Jahren wieder eine eigene Stadtpolizei haben wird, wie es Pius Segmüller, ehemaliger Kommandant der Stadtpolizei Luzern, prophezeit, das schliessen Sie aus?

Stämmer: Das ist Sache des Kantons, denn er bestimmt, ob es eigene Gemeindepolizeien geben darf. Das kann weder der Stadtrat noch das Stadtparlament entscheiden.

Noch ein Wort zum Strassenstrich: Das Stadtparlament hat am 30. Juni entschieden, dass die Strassenprostitution aus Wohnzonen verschwinden soll. Sie, Ursula Stämmer, prüfen nun drei Massnahmen: Strichverbotszonen, Laufhäuser, Verrichtungsboxen. Wie geht es weiter?

Stämmer: Ich werde dem Parlament hoffentlich noch in diesem Jahr einen Vorschlag für ein entsprechendes Reglement unterbreiten. Wir sind mit Volldampf daran, eine Lösung zu erarbeiten.

Wann genau könnte eine Strichverbotszone also frühestens in Kraft treten?

Stämmer: Nächstes Jahr. Frühestens im Frühling 2012.

Und diese Strichverbotszone wird von der Polizei dann auch durchgesetzt?

Stämmer: Ja. Das Problem des Vollzugs werden wir bis dann mit Sicherheit gelöst haben.

*Ursula Stämmer-Horst (53) ist seit dem 1. September 2000 Stadträtin, war bis Ende 2009 für die Stadtpolizei zuständig und ist seit 1. Januar 2010 Direktorin für Umwelt, Verkehr und Sicherheit. Sie ist verheiratet, hat zwei Töchter und wohnt im Sternmattquartier in Luzern. Sie ist ausgebildete Krankenschwester.

«Vorläufig wird die Luzerner Polizei auch die momentan umstrittenen Aufgaben übernehmen.»

«Ich kann verstehen, dass ein Teil der Bevölkerung sagt: ‹Gohts no?›»

«Wir sind mit Volldampf daran, eine Lösung für den Strassenstrich zu erarbeiten.»

Technoparty auf der Seebrücke geplant

Luzern

rgr. Die Technoparty auf der Allmend, die am Wochenende von der Luzerner Polizei aufgelöst wurde, soll auf der Seebrücke eine Fortsetzung finden. Auf Facebook wird zu einer «Musikalischen Revolution» aufgerufen. In der Einladung an über 2800 Facebook-Benutzer wird der Polizeieinsatz kritisiert: «Also feiern wir auf der Seebrücke.»

Zeitpunkt verschoben

Als Termin für die Demo-Party ist der 20. August angegeben. Auf Facebook heisst es aber, dass der Zeitpunkt noch nicht fix sei und dass man eine bewilligte Demo wolle, «damit wir unsere Anliegen der Öffentlichkeit bekannt geben können».

Laut Rico De Bona, Leiter Stadtraum und Veranstaltungen, ist noch kein Gesuch eingegangen. Ein solches würde man «wie alle anderen auf Bewilligungsfähigkeit prüfen». Die Luzerner Polizei ist gemäss Mediensprecher Richard Huwiler informiert: «Wir verfolgen die Aktivitäten auf Facebook genau.»